

SCHWEIZERISCHER FRIEDENSRAT



Jahresbericht 2021

Inhalt

Jahresbericht 2021 von Ruedi Tobler	3
..... Die UNO-Charta muss zur Richtschnur werden	
Ein Nachwort zu Afghanistan	7
..... Abschreckendes Beispiel einer Intervention	
Der Friedenskalender 2022	16
..... Eine Reise durch Usbekistan	
Weitere Aktivitäten des Friedensrates 2021	17
..... Ilanzer Sommer / 4. Friedenskonferenz / Café de la paix	
Haus Gartenhof – Raum für vernetzte Friedensarbeit	21
..... Das Buch zum Wirken von Clara Ragaz	
Die FRIEDENSZEITUNG 2021	22
..... Vor institutionellen Veränderungen	
Publikationen des SFR	24

SCHWEIZERISCHER FRIEDENSRAT

Gartenhofstr. 7, 8004 Zürich
Tel. +41 (0)44 242 93 21
info@friedensrat.ch – www.friedensrat.ch
PC-Konto 80-35870-1

FRIEDENSZEITUNG

Die vierteljährliche
friedenspolitische Zeitschrift



Die Kampagne
gegen Kleinwaffen

Impressum

SCHWEIZERISCHER FRIEDENSRAT

Zürich, März 2022, Fr. 10.–
Redaktion/Layout: Peter Weishaupt
Beiträge von Ruedi Tobler, Francine Perret,
Diana Schenkel, Jenny Heeb, Maria Ackermann,
Peter Weishaupt
Titelbild: Bethlehem, West Bank, Panos / Francesco
Cito. Aus: «30 Jahre Friedensengagement im EDA.
1990–2020». Markus Heiniger, EDA, Bern 2021
Alle weiteren Bilder: SFR
Korrektur: Liliane Studer
Druck: ropress Druck, Zürich
Auflage: 2000 Ex.



Unser Strom –
100 % Schweizer
Wasserkraft
schweizstrom



Die UNO-Charta muss zur Richtschnur werden

Ruedi Tobler, Präsident

Die Einschränkungen durch die Corona-Pandemie haben auch das vergangene Jahr geprägt. Die Überwindung der im Denken des Kalten Krieges stecken gebliebenen Sicherheitspolitik bildete 2021 den Schwerpunkt unserer Arbeit. Es ist uns gelungen, die verschobene 75-Jahr-Jubiläumsveranstaltung am 19. November 2021 mit gutem Erfolg durchzuführen. An dieser Veranstaltung haben wir uns mit dem von der baden-württembergischen Landeskirche entwickelten Szenario *Sicherheit neu denken*¹ auseinandergesetzt und diskutiert, wie es auf Schweizer Verhältnisse angepasst werden kann. Im Vordergrund steht für uns die Beteiligung der Schweiz am System der kollektiven Sicherheit im Rahmen von UNO und OSZE.

Knapp zwanzig Jahre nach der Zustimmung von Volk und Ständen zum Beitritt der Schweiz zur UNO ist es höchste Zeit, den Behörden und der Öffentlichkeit bewusst zu machen, dass die UNO-Charta mit dem Beschluss vom 3. März 2002 zu Schweizer Recht in Verfassungsrang wurde und entsprechend umzusetzen ist. Insbesondere müsste die Charta Richtschnur für die Schweizer Sicherheitspolitik und Armee sein. Dass sie in den letzten zwei Jahrzehnten keinerlei Auswirkungen auf deren Konzeption gehabt hat, ist dringend zu ändern.

Kritik am sicherheitspolitischen Bericht

Diese Haltung hat sich im Entwurf zum *Sicherheitspolitischen Bericht* vom April 2021 bestätigt, nimmt er doch keinen Bezug auf sie. Die Verantwortlichen für Sicherheitspolitik und Armee scheinen davor zurückzuschrecken, Mitverantwortung für eine friedliche Weltord-

nung zu tragen. Sie werden gestützt von einer Rüstungslobby, die lieber mit der Ausfuhr von Kriegsmaterial und Rüstungstechnologie zur internationalen Aufrüstung beiträgt, als mitzuhelfen, eine internationale Friedensordnung aufzubauen.

Das steht auch im Widerspruch zur Kandidatur der Schweiz für einen Sitz im UNO-Sicherheitsrat, der ihr ermöglicht, direkt zum besseren Funktionieren der friedlichen Beilegung von Streitigkeiten und der kollektiven Sicherheit beizutragen. Wir im Friedensrat unterstützen deshalb diese Kandidatur uneingeschränkt und freuen uns, dass die Einsitznahme 2023 praktisch gesichert ist. Wir fordern Bundesrat und Parlament dazu auf, sofort eine grundlegende Reform von Sicherheitspolitik und Armee mit Ausrichtung auf die kollektive Sicherheit an die Hand zu nehmen, um so bei der Mitarbeit im Sicherheitsrat stark und glaubwürdig für eine Reform und Stärkung der UNO-Friedensmissionen einzustehen. Dies wäre ein konkreter Schritt in Richtung «Sicherheit neu denken». In unserer Vernehmlassung zum Sicherheitsbericht haben wir Vorschläge dazu unterbreitet.²

Sicherheit neu denken im Café de la paix

Weil die für den 4. Dezember 2020 angekündigte Jubiläumsveranstaltung abgesagt werden musste, haben wir am 26. April 2021 das erste (wieder auferstandene) Café de la paix³ zur Vorstellung des Szenarios «Sicherheit neu denken» durch Mitautor Theodor Ziegler benutzt, der über Skype zugeschaltet war. Zur Vorbereitung der Jubiläumsveranstaltung hatten wir in der

FRIEDENSZEITUNG Nr. 35 vom Dezember 2020 ein Dossier «Wie zivil kann Sicherheitspolitik sein?» zusammengestellt. In der Einleitung beim Café de la paix habe ich erklärt, wie wir auf das Szenario gestossen sind, und versucht, die Unterschiede und Gemeinsamkeiten zwischen Deutschland und der Schweiz zu skizzieren:

«Vom Konzept erfahren haben wir dank der länderübergreifenden Zusammenarbeit in der Organisation des Ostermarsches im Bodenseeraum, der letztes und dieses Jahr nicht wie gewohnt durchgeführt werden konnte. Wir waren sehr angetan davon. Beeindruckt hat uns auch, dass es nicht Friedensorganisationen sind, die diese Arbeit geleistet haben, sondern dass es die Landessynode einer Evangelischen Kirche ist, jener von Baden-Württemberg, die den verbindlichen Auftrag zur Ausarbeitung dieses Konzepts erteilt hat. Das ist in der Schweiz undenkbar. Das Szenario «Sicherheit neu denken» ist nicht abstrakt als generelle Friedensvision entwickelt worden, sondern konkret für Deutschland und ausgehend von dessen Voraussetzungen. Es ist deshalb angebracht, die Unterschiede – aber auch Gleichheiten – zu skizzieren, von denen wir in der Schweiz auszugehen haben.

Die Schweiz in den beiden Weltkriegen

Bei beiden Ländern ist ihre Rolle im letzten Jahrhundert entscheidend, insbesondere im Zusammenhang mit den beiden Weltkriegen. Deutschland hat für beide Kriege eine zentrale Verantwortung, und seine Armeen haben weite Teile Europas und im Zweiten Weltkrieg auch weitere Teile der Welt mit Krieg und Zerstörung überzogen. Das wirkt bis heute nach. Deutsches Militär im Ausland weckt weiterhin böse Erinnerungen und negative Gefühle. Die Rolle der Schweiz war eine wesentlich andere. In beiden Kriegen ist es ihr gelungen, ihre Armee aus dem Krieg herauszuhalten. Das heisst aber nicht, dass die Schweiz an den Kriegen unbeteiligt gewesen wäre. Zwar musste sie keine Zerstörungen auf ihrem Gebiet erleiden, aber beide Male verstand sie es, bedeutende Kriegsgeschäfte zu machen.

Im Zweiten Weltkrieg standen die ungefährdetsten Rüstungsbetriebe der Achsenmächte, vor allem jene Deutschlands, in der Schweiz, namentlich Bührle in Zürich-Oerlikon. Die Armee hatte keine Präsenz im Ausland, und mir ist es mehr als einmal passiert, dass Leute erstaunt waren, dass es überhaupt eine Schweizer Armee gibt. Die erst im letzten Moment gestoppten Waffenlieferungen an Nazideutschland und weitere Geschäfte und Dienstleistungen führten dazu, dass sich die Schweiz nach dem Sieg der Alliierten in peinlicher Nähe der Achsenmächte, vor allem Deutschlands, wiederfand. Um nicht Verantwortung dafür übernehmen zu müssen, hielt sich die Schweiz von der UNO fern. Zur Erinnerung: Am Ende des Ersten Weltkrieges war die Schweiz bei der Bildung des Völkerbundes sehr aktiv, insbesondere mit Vorschlägen zur Ausgestaltung des Systems der kollektiven Sicherheit, was mitgeholfen hat, dass Genf zum Sitz des Völkerbundes und nach dem Zweiten Weltkrieg trotz Absenz der Schweiz zum europäischen Hauptsitz der UNO in Europa wurde.

Der Schweizer Weg in die UNO

Vom Aufbau der UNO mit der kollektiven Sicherheit als eines ihrer Wesenselemente blieb das geteilte Deutschland ausgeschlossen, die Schweiz hielt sich weitestgehend abseits. Das damals noch zweigeteilte Deutschland schaffte den Anschluss an die UNO deutlich vor der Schweiz. Grundlage dafür bildete die Versöhnungspolitik von Willy Brandt, sodass 1973 die BRD und die DDR gleichzeitig in die UNO aufgenommen wurden. Die Schweiz schaffte das aus Selbstverschulden erst knapp dreissig Jahre später: 2002, nachdem ein erster Anlauf 1986 mit einer Dreiviertelmehrheit Nein-Stimmen scheiterte. Die offizielle Schweiz hatte sich so lange über die Weltgemeinschaft erhaben erklärt und die UNO schlecht geredet, bis es breiteste Kreise geglaubt hatten.

Gerade noch vor dem Beitritt zur UNO gab es 2001 in der Schweiz eine heftige Auseinandersetzung um die Beteiligung an militärischen Friedenseinsätzen unter UNO- oder OSZE-Mandat, die nicht zuletzt dank unserem Ein-

satz knapp zugunsten der Vorlage ausfiel. Noch 1994 war ein Blauhelmgesetz einem Referendum von rechts zum Opfer gefallen. Zu einer Verstärkung der Schweizer Beteiligung an Friedenseinsätzen führte das jedoch nicht.

Abkehr von der autonomen Verteidigung

Schon zuvor haben wir uns für eine Umorientierung der Konzeption von Sicherheitspolitik und Armee mit einer Abkehr von der Priorität der autonomen Landesverteidigung hin zur Hauptaufgabe der Beteiligung an UNO-Friedensmissionen ausgesprochen. Und dass sich die Schweiz damit für eine Verstärkung der zivilen Friedensförderung verbunden mit der Stärkung der Menschenrechte einsetzt. Die Kraft, dass unser Land einen Umbau des Friedensförderungssystems mit einer grundlegenden Reform des Sicherheitsrates erreichen könnte, wie es mit «Sicherheit neu denken» erreicht werden soll, haben wir der Schweiz nicht zugetraut, sind aber gerne bereit, uns auch dafür einzusetzen. Dass im Konzept als Verbündete der weltweiten Zivilgesellschaft und Deutschlands die Länder Österreich, Schweden und die Niederlande namentlich erwähnt sind, nicht jedoch die Schweiz, zeigt uns auch, wie viel Arbeit wir innerhalb der internationalen Friedensbewegung noch zu leisten haben.

Schon 1955 wurde die BRD Mitglied der Nato, was die Schweiz offiziell bis heute nicht ist. Wie stark sie inoffiziell integriert ist, ist umstritten. Das hat sich im letzten September wieder einmal gezeigt nach der knappen Annahme der Beschaffung von Kampffjets für die Armee, als in vielen Kommentaren von einer stärkeren Annäherung bis Anlehnung an die Nato die Rede war. Seit 1996 beteiligt sich die



Schweiz offiziell an der Nato-Partnerschaft für den Frieden. Trotzdem hätte ein verstärktes Engagement unseres Landes an UNO-Friedensmissionen gerade in Drittweltländern den Vorteil des neutralen Images unseres Landes, was den Nachteil, nicht in die Nato-Strukturen für militärische Friedenseinsätze eingebunden zu sein, meines Erachtens mehr als aufwiegt.»

KOFF-Rundtisch zur Friedenspolitik

Am 11. Mai 2021 konnten wir gemeinsam mit der Gesellschaft Schweiz-UNO (GSUN) einen Rundtisch unter der Ägide des Kompetenzzentrums Friedensförderung (KOFF) zum Thema «Schweizer Friedenspolitik weiter denken – Lücken erkennen, Potenziale nutzen» gestalten. Mein Einführungsvotum stellte ich unter den Titel «Die Schweiz hat den Einstieg in die

Nachkriegsordnung nach dem Zweiten Weltkrieg verpasst»⁴. Auch daraus einige Zitate:

«Landläufig wird gerne eine Parallele gezogen, wie die Schweiz ihre Eigenständigkeit in beiden Weltkriegen bewahren konnte. Tatsächlich blieb unser Land von beiden Kriegen verschont. Aber in der Politik zur Bewältigung der Folgen bzw. der Mitgestaltung der Nachkriegsordnung hat sich die Schweiz geradezu Gegenteil verhalten. Schon vor dem Ende des Ersten Weltkrieges hat sich die Schweiz aktiv um die Mitgestaltung der Nachkriegsordnung gekümmert. In enger Zusammenarbeit mit Friedensorganisationen hat sie Ideen eingebracht für die Ausgestaltung des Völkerbundes, insbesondere für das pazifistische Konzept der kollektiven Sicherheit. So hat sie es auch geschafft, dass der Sitz des Völkerbundes in die Schweiz gekommen ist, nach Genf. Als im August 1928 der Briand-Kellog-Pakt mit der Verankerung des Verbots des Angriffskrieges beschlossen wurde, äusserte sich die Schweiz umgehend positiv und leitete ihren Beitritt ein, der 1929 erfolgte.

Ganz anders nach dem Zweiten Weltkrieg. Zwar gab es auch da die Kräfte, die sich eine aktive Rolle der Schweiz beim Aufbau der Nachkriegsordnung wünschten. Jene aus der Zivilgesellschaft (nach heutiger Begrifflichkeit) hatten sich im Friedensrat zusammengeschlossen, mit guten Beziehungen bis hinein in den Bundesrat. Aber durchgesetzt haben sich jene, die Angst davor hatten, dass die Schweiz Verantwortung für ihr enges Verhältnis zu den Achsenmächten – insbesondere für die Waffenlieferungen an Deutschland – übernehmen müsse.

Überhebliche Schweizer Haltung

So blieb die Schweiz abseits der UNO – und in Westeuropa auch ausserhalb des Europarates – und ging in eine selbstgewählte Isolation. Das hatte verheerende innenpolitische Folgen, musste zur Legitimation doch ein komplexes Rechtfertigungskonstrukt aufgebaut werden. Nicht die UNO mit ihrer kollektiven Sicherheit Sorge für Frieden, sondern mit ihrer autonomen Verteidigung bewahre sich die Schweiz Unabhängigkeit und Frieden.

Erleichtert wurde dies durch den Kalten Krieg, durch den die Schweiz sowohl den Aufbau der Gesamtverteidigung wie auch die Integration in den Westblock legitimieren konnte. Wobei sie zugleich ihr Abseitsstehen bei den Menschenrechten mit der Überheblichkeit auch gegenüber dem Europarat abtat, unsere Verhältnisse seien organisch gewachsen und nicht ein künstliches Gebilde und rhetorisches Bekenntnis wie die «Allgemeine Erklärung der Menschenrechte» oder die Europäische Menschenrechtskonvention EMRK.

So liessen sich auch die Frauenrechte, insbesondere deren Stimm- und Wahlrecht, als für die Schweiz unbedeutend abtun sowie Militärverweigerer weiterhin kriminalisieren. Als dann der Bundesrat merkte, dass die Mitgliedschaft der Schweiz in der UNO doch wünschbar wäre, reichte die Vorbereitung mit mehreren Berichten «über das Verhältnis der Schweiz zu den Vereinten Nationen» seit 1969 nicht, um die aufgebauten Vorurteile zu überwinden. In der Volksabstimmung vom 16. März 1986 wurde der Beitritt wuchtig von allen Kantonen und mit 75,7 Prozent Nein-Stimmen abgelehnt.

Die Nachwirkungen der Anti-UNO-Stimmungsmache sind bis heute zu spüren. So steht die Schweiz nicht dazu, wie es im Rahmen der UNO formuliert wird, «dass alle Menschenrechte allgemein gültig, unteilbar und miteinander verknüpft sind und einander bedingen und gegenseitig verstärken und dass alle Menschenrechte in fairer und gleicher Weise, gleichberechtigt und gleichgewichtig behandelt werden müssen».⁵

Ungebrochener Rüstungsfilz

Aber vor allem stellt die Schweiz bei der Sicherheitspolitik die autonome Verteidigung über alles und leistet sich dafür eine immer noch überdimensionierte Armee. Lange galt sogar der Gedanke an Frieden als subversiv. So reichte in den 1960er-Jahren SP-Nationalrat Max Arnold einen Vorstoss ein, es solle – nach dem Vorbild des SIPRI in Schweden – ein schweizerisches Friedensforschungsinstitut eingerichtet werden. Das wurde abgeblockt.

Ein Nachwort zu Afghanistan

Im August 2021 brach in Afghanistan die nach der Vertreibung der Taliban etablierte zivile Ordnung innert weniger Tage zusammen. Seither setzen die Taliban alles daran, ihre Herrschaft wieder zu etablieren. Ihre Beteuerungen, dies mit weniger Menschenrechtsverletzungen zu bewerkstelligen, dienen der Beruhigung der Verantwortlichen in den USA und bei der Nato, die mit dem Truppenabzug das afghanische Volk – vor allem auch jene, die sich für den Aufbau einer zivilen, demokratischen Ordnung eingesetzt haben – im Stich gelassen haben. Die internationale Intervention in diesem Land ist ein Beispiel dafür, wie eine UNO-Intervention nicht gemacht werden sollte.

Nach 9/11 ortete die US-Regierung unter Präsident Bush senior als Übeltäter Usama Bin Laden, dem die Taliban in Afghanistan Unterschlupf und Schutz böten. Mit allen Mitteln erzwangen die USA eine Sicherheitsratsresolution, die den USA eine völkerrechtliche Legitimation für eine militärische Intervention in Afghanistan verschaffte. Ziel der USA war es in erster Linie, Usama Bin Laden habhaft zu werden. Die Beseitigung des Taliban-Regimes war nicht das primäre Ziel, sondern Mittel zum Zweck. Und irgendwie musste eine neue Ordnung im Land geschaffen werden. Dass sich da Freiheit, Demokratie, Menschen- und Frauenrechte gut anhörten, liegt auf der Hand. Wie wenig ernst es den USA damit war, zeigt sich

nur schon daran, dass sie problemlos mit Warlords der schlimmsten Sorte kooperierten.

Obwohl die Voraussetzungen alles andere als ideal waren, haben viele Afghaninnen und Afghanen versucht, ihre Chance für den Aufbau einer demokratischen Ordnung zu packen, und sich voll und ganz engagiert. Aber für die USA und die Nato war es mehr ein Experimentierfeld zur Erprobung neuer Waffen und Kriegstechniken; die Mittel für den Aufbau einer demokratischen Rechtsordnung hielten sich in Grenzen. Abgesehen davon, dass ein solcher Aufbau nicht erkaufte werden kann, sondern Stück um Stück erarbeitet werden muss. Und die Voraussetzungen dazu waren in Afghanistan alles andere als ideal. Werden sich vielleicht da und dort lokal oder regional demokratische Inseln halten können?

Schon für Ex-Präsident Trump war das Engagement in Afghanistan nur noch eine Last, die er loszuwerden suchte. Entsprechend begannen auch die andern beteiligten Nato-Staaten mit ihrem Rückzug. Präsident Biden hat nun – fast Knall auf Fall – diesen vollzogen, mit den verheerenden Auswirkungen für die afghanische Bevölkerung, die buchstäblich ihrem Schicksal überlassen wird. Damit ist die Intervention in Afghanistan, die mit einem – zwar ertricksten – UNO-Mandat begonnen hat, zum Schreckensbeispiel geworden, wie UNO-Friedensmissionen nicht aufgebaut werden dürfen. *rt*

Mit der eigenständigen Armee wird auch die Notwendigkeit von Waffenausfuhren aus der Schweiz legitimiert, was bis heute zu einem Filz zwischen der Rüstungsindustrie und Teilen der Bundesverwaltung geführt hat, der zwar 1968 mit dem Bührle-Skandal öffentlich bekannt, aber damals nicht unterbunden wurde und seither fortbesteht,⁶ was sich unter anderem daran zeigt, dass für die offizielle Schweiz die Pilatus-Flugzeuge nicht als Kriegsmaterial gelten, trotz ihrer Funktion als Trainingsflugzeuge für Kampfflieger und auch immer wieder nachgewiesenen Kriegseinsätzen.

1958 erklärte der Bundesrat öffentlich, er wolle eine Schweizer Atomwaffe. Zwei Volksinitiativen dagegen scheiterten in der Männerabstimmung von 1962 und 1963. Die Atomwaffenpläne hatten Rückendeckung bei den bürgerlichen Parteien. Aber so weit ist es dann doch nicht gekommen. 1968 beschlossen die USA, die Sowjetunion und Grossbritannien den Atomsperrvertrag (NPT), dem sich die Schweiz nicht entziehen konnte und dem sie nicht zuletzt unter dem Druck der Atomindustrie – die ansonsten von internationalen Geschäften ausgeschlossen worden wäre – 1977 beigetreten ist. Gibt es

da Parallelen zum Atomwaffenverbotsvertrag (TPNW), dem beizutreten sich der Bundesrat bis heute weigert, obwohl er 2018 von den Eidgenössischen Räten den verbindlichen Auftrag zu diesem Schritt erhalten hat?

Stärkeres UNO-Engagement nötig

Mit dem Ende des Kalten Krieges hat sich doch einiges geändert. Geistiger Türöffner war die Armee-Abschaffungsinitiative mit ihrem überraschenden Abstimmungserfolg (35,6 Prozent Ja-Stimmen) am 26. November 1989. Sie hat nach fast hundertjährigem Einsatz der Einführung eines Zivildienstes für Militärdienstverweigerer den Weg geebnet, der 1992 angenommen wurde und der seit 1996 geleistet werden kann. Es dauerte dann allerdings doch noch bis im März 2002, bis der UNO-Beitritt von Volk und Ständen angenommen wurde, und bis im Dezember 2003, dass das «Bundesgesetz über Massnahmen zur zivilen Friedensförderung und Stärkung der Menschenrechte» in Kraft treten konnte.

Zwar hat die Schweiz schon 1953 Militärpersonal für die Überwachung des Waffenstillstandes an der innerkoreanischen Grenze gestellt und sich seither an verschiedenen UNO-Friedenseinsätzen beteiligt. Eine Aufstellung dazu findet sich im Bericht «Weiterentwicklung der militärischen Friedensförderung» vom 9. November 2020. Eine Verstärkung dieses Engagements wurde verschiedentlich diskutiert, aber lange Zeit von SVP-Vorstehern im VBS nicht vorangetrieben. Wir vom Friedensrat haben schon lange eine Verstärkung dieses Engagements gefordert und hoffen, dass das unter Viola Amherd möglich wird. Im Beitrag «Die Schweizer Politik vom Frieden her denken und gestalten» haben Anna Leissing und ich ausgeführt, wie ein solches verstärktes Engagement möglich ist.⁷

Zeit für eine neue Blauhelmvorlage!

Ein solches Engagement macht auch im Zusammenhang mit der geplanten Mitgliedschaft der Schweiz im UNO-Sicherheitsrat Sinn. Selbstverständlich steht für uns im Rahmen des UNO-Engagements der Schweiz zivile Friedensförde-

rung ebenfalls im Vordergrund. Aber dass die Schweiz dann zurücksteht, wenn es schwierig wird und die Zivilbevölkerung aktiven Schutz braucht durch Blauhelme, das leuchtet uns nicht ein. Darum haben wir uns schon 1994 für die Annahme des Blauhelmggesetzes eingesetzt – leider vergeblich – und 2001 mitgeholfen, die Militärgesetzesrevision mit Mandat von UNO oder OSZE für Einsätze von Schweizer Soldaten durchzubringen. Uns scheint die Zeit für eine neue Vorlage für ein Blauhelmggesetz gekommen zu sein, und wir hoffen, das Bundesrätin Amherd den Mut hat, eine solche Vorlage ausarbeiten zu lassen – und dann auch in Bundesrat und Parlament eine Mehrheit dafür findet.»

Ausführliche Vernehmlassung zum sicherheitspolitischen Bericht

Ende April 2021 hat der Bundesrat eine Vernehmlassung zum sicherheitspolitischen Bericht 2021 eröffnet: «Es ist die Absicht des Bundesrates, künftig in höherer Kadenz sicherheitspolitische Berichte vorzulegen, nämlich alle vier Jahre und damit einmal pro Legislaturperiode. Ebenso war es die Absicht, deutlich kürzere Berichte als bislang zu machen. Dies wurde mit dem vorliegenden Berichtsentwurf bereits umgesetzt, der nur noch rund die Hälfte des Umfangs früherer Berichte hat. Der Berichtsentwurf enthält auch inhaltlich und strukturell Neuerungen. So werden beispielsweise klare inhaltliche Ziele und Prioritäten für die Schweizer Sicherheitspolitik der nächsten Jahre definiert sowie auch konkrete Massnahmen zu deren Umsetzung aufgeführt.

Der vorliegende Entwurf für einen neuen sicherheitspolitischen Bericht wurde durch eine breit abgestützte Arbeitsgruppe erstellt, in der neben allen Departementen und der Bundeskanzlei auch die Kantone vertreten waren. Der Bericht ist in drei Teile gegliedert: Der erste befasst sich mit der Lage und analysiert die globalen sicherheitspolitischen Trends, das Umfeld sowie die konkreten Bedrohungen und Gefahren für die Schweiz.

Im zweiten Teil des Berichts werden die grundlegenden Prinzipien aufgeführt und be-



schrieben, die zum sicherheitspolitischen Selbstverständnis der Schweiz gehören und für Kontinuität und Berechenbarkeit unserer Sicherheitspolitik sorgen. Schliesslich legt der Bericht – abgeleitet aus der Lage, den Prinzipien und Interessen – neun inhaltliche Ziele fest als Schwerpunkte der Sicherheitspolitik der nächsten Jahre und beschreibt, was unter diesen Zielen zu erreichen ist. Im letzten Teil beschreibt der Bericht, wie die einzelnen Ziele umgesetzt werden und wie die einzelnen Politikbereiche und Instrumente dazu beitragen. Neben einer allgemeinen Beschreibung, was zur Erreichung des jeweiligen Ziels zu tun ist, werden auch konkrete Massnahmen aufgeführt, die umgesetzt werden sollen.»

Vorrang der Friedensförderung vor der Verteidigung

Wir hatten vorgesehen, eine breit abgestützte Vernehmlassung zum sicherheitspolitischen Bericht zu organisieren, was mit den Diskussionen an der Friedenskonferenz in Trogen am 5. Juni und dem Café de la paix am 28. Juni hätte in Gang gesetzt werden sollen. Die konkrete Ausarbeitung der Vernehmlassung nahm dann jedoch so viel Zeit in Anspruch, dass wir uns konzentrieren mussten, die Stellungnahme rechtzeitig per 18. August 2021 und mit der Unterstützung der WILPF einzureichen:

Umkehrung der Prioritäten: Vorrang der Friedensförderung vor der Verteidigung

«Auch wenn nach dem Ende des Kalten Krieges die Armee deutlich abgespeckt wurde, ist sie immer noch überdimensioniert. Spätestens seit dem Beitritt zur UNO hätte die schweizerische Sicherheitspolitik auf ihr System der kollektiven Sicherheit ausgerichtet werden müssen. Wir schlagen eine entsprechende Umstellung der Prioritäten für die Armee vor, an erster Stelle die Beteiligung an der internationalen Friedensförderung, an zweiter die Katastrophenhilfe und an dritter die Landesverteidigung.

Für Einsätze in Friedensmissionen macht die Wehrpflicht keinen Sinn. Dazu braucht es sehr gut qualifizierte und top motivierte Persönlichkeiten aller Geschlechter. Dafür ist das System mit der Militärdienstpflicht für Männer ungeeignet; sie kann problemlos abgeschafft werden, auch da durch die Konzeptionsänderung die Zahl der insgesamt benötigten Dienstleistenden massiv abnimmt. Das hat Nebenwirkungen auf die andern Dienstpflichtbereiche, den Zivildienst und den Zivilschutz.

Mit dem Wegfall der Militärdienstpflicht entfällt die Rechtsgrundlage für den Zivildienst. Dieser hat jedoch seine Berechtigung und Notwendigkeit zur Genüge unter Beweis gestellt und ist in veränderter Form aufrechtzuerhalten. Der Zivilschutz steckt offensicht-

lich in einer strukturellen Krise, die deren Verantwortliche auf Kosten des Zivildienstes lösen möchten – ein Irrweg. Nicht der Zivildienst muss unattraktiver gemacht werden, sondern der gesamte Bereich von Schutz- und Rettungsorganisationen ist reformbedürftig. Der Umgang mit der Klimakatastrophe ist nicht der Sicherheitspolitik unterzuordnen, sondern politisch, das heisst, zivil zu regeln.

Dieser Umbau ist mit einer massiven Verlagerung der finanziellen Mittel von der Sicherheitspolitik hin zu Friedensförderung, Entwicklungszusammenarbeit und humanitärer Hilfe zu koppeln. Dies erlaubt, dass die Schweiz endlich das Ziel erreicht, 0,7 Prozent des Bruttoinlandsprodukts für die Entwicklungsfinanzierung aufzuwenden. Und sie könnte neben einer massiven Aufstockung des Beitrags an das IKRK eine Defizitgarantie für dessen Personalausgaben übernehmen. Zudem könnte sie ihre Beiträge an den weltweiten Kampf gegen die Covid-19-Pandemie massiv aufstocken und dazu beitragen, dass auch in den ärmeren Ländern breit geimpft werden kann. Die Beispiele zeigen, wie die Schweiz mit bei den Militärausgaben eingesparten Mitteln wirkungsvoll zu einer friedlicheren Welt beitragen könnte.

Mit der Reduktion der Armee entfällt auch das Argument der Notwendigkeit des Kriegsmaterialexports und von sogenannten Dual-Use-Gütern für militärische Zwecke, um eine eigenständige Kriegsmaterialproduktion zu ermöglichen. Im gleichen Zug sollte auch im Finanzsektor eine klare Ausrichtung auf die Förderung einer friedlichen Entwicklung der Welt erfolgen mit dem Verbot der direkten und indirekten Finanzierung von Rüstungsgütern und der Rüstungsindustrie. Der grundsätzliche Verzicht auf solche Exporte und ihre Finanzierung verhindert, dass von der Schweiz aus Konflikte angeheizt werden und Schweizer Waffen in Kriegsgebieten auftauchen.»

Eine Vorstellung unserer Kritikpunkte findet sich in der **FRIEDENSZEITUNG** Nr. 38 vom September 2021: «Priorität für die Friedensförderung setzen».

Nachgeholte Jubiläumsveranstaltung

Am 19. November 2021 konnten wir die im Dezember 2020 verschobene Veranstaltung zu unserem 75-Jahr-Jubiläum nachholen, im Saal des VPOD-Zentralsekretariates in Zürich, mit dem ursprünglich vorgesehenen hochkarätigen Podium: Hauptreferent Dr. Theodor Ziegler, Mitinitiator des friedensethischen Prozesses in der badischen Landeskirche und des daraus resultierenden Szenarios «Sicherheit neu denken. Von der militärischen zur zivilen Sicherheitspolitik», diesmal physisch präsent, dazu Barbara Haering, ehemals Präsidentin der Friedenspolitischen Initiativen sowie Nationalrätin, und Markus Heiniger, ehemaliger SFR-Geschäftsleiter und langjähriger Policy Adviser Conflict and Human Rights bei der DEZA und Special Advisor for Peacebuilding des EDA in Nepal. Geleitet wurde das Podium von Anna Leissing, Leiterin der Schweizer Plattform für Friedensförderung KOFF bei Swisspeace.

Die Veranstaltung war trotz der geltenden Corona-Schutzmassnahmen gut besucht und die spannenden Beiträge lösten eine lebhaft diskussion aus (Kurzbericht in der **FRIEDENSZEITUNG** Nr. 39 vom Dezember 2021). Wir sind daran, für unsere Website ein Dossier zu «Sicherheit neu denken» zusammenzustellen, in das die Beiträge an der Jubiläumsveranstaltung aufgenommen werden sollen.

An der Veranstaltung wurde angeregt, dass ein Schweizer Szenario «Sicherheit neu denken» erarbeitet werden soll. Auch wir vom Vorstand des Friedensrates erachten dies als wünschenswert, sehen aber davon ab, die Federführung zu übernehmen. Hier zeigt sich schmerzlich die Abwesenheit der Schweizer Kirchen bei der Friedensthematik – war es doch die Baden-Württembergische Landeskirche, die das Szenario beschlossen und ermöglicht hat. Und ebenfalls spürbar ist einmal mehr, dass seinerzeit die Schaffung eines Schweizer Friedensforschungsinstituts verhindert worden ist. Sieht sich allenfalls Swisspeace zuständig für die Bearbeitung des Themas oder zumindest in der Pflicht, eine Arbeitsgruppe dazu ins Leben zu rufen? Bisher ist von ihnen nichts



Theodor Ziegler (links) und die weiteren TeilnehmerInnen an der SFR-Jubiläumsveranstaltung vom 19. November 2021.

in diese Richtung zu vernehmen gewesen. Es kaum möglich, ein solches Szenario nur in freiwilligem Engagement zu erarbeiten. Wird sich eine Basis für eine professionelle Ausarbeitung eines solchen Szenarios finden lassen?

VBS wünscht keine Kritik

Die Vernehmlassung zum sicherheitspolitischen Bericht war formell eine des Bundesrates, durchgeführt wurde sie jedoch im VBS. Davon zeugten eine kaum mehr zu überbietende Einseitigkeit sowie bei der Auswertung auch noch Dilettantismus. Die Vernehmlassungsverfahren sind seit 2005 im Vernehmlassungsgesetz geregelt. Dieses sieht neben den von Gesetzes wegen vorgesehenen Kreisen vor, dass «die im Einzelfall interessierten ... weiteren Kreise» zur Stellungnahme eingeladen werden. Für die sicherheitspolitischen Berichte wurde die Auswahl immer einseitiger, für den aktuellen wurden von den eher friedenspolitisch ausgerichteten Organisationen gerade noch die GSoA, die Neue europäische Bewegung (NEBS) und die Alliance F (Bund Schweizerischer Frauenorganisationen) eingeladen, hingegen zwanzig «militärfreundliche» Organisationen und Institutionen. Details dazu sind in unserer Vernehmlassung zu finden.

Der Auswertungsbericht ist mehr als nur dürftig. Er umfasst gerade mal sechs Seiten inklusive Titelblatt und geht nicht auf die militärkritischen Stellungnahmen ein, obwohl dies gesetzlich vorgeschrieben ist. Artikel 20, Abs. 1 der Vernehmlassungsverordnung lautet: «Der Ergebnisbericht informiert über die eingereichten Stellungnahmen und fasst deren Inhalte übersichtlich und wertungsfrei zusammen.» Vom Bericht gibt es inzwischen zwei Versionen, allerdings irreführenderweise mit dem gleichen Datum (7. Oktober 2021). In der aktuell bei den Vernehmlassungsunterlagen aufgeschalteten Version (23.1.22) gibt es einzig bei der Aufstellung der Vernehmlassungsteilnehmer Unterschiede, jetzt sind es insgesamt 63, in der früheren Version waren es 61. So ist in der jetzigen Version die GSoA aufgeführt, die in der ursprünglichen gefehlt hatte.

Von der Zusammenstellung der Vernehmlassungen kursierten im Dezember drei Versionen. In der ersten (2.12.21) waren nur jene im vorderen Teil des Alphabets (bis Nidwalden) auf 156 Seiten aufgeführt, in einer zweiten (4.12.21) waren es 321 Seiten, und in der dritten, jetzt noch aufgeschalteten Version (8.12.21) sind es 323 Seiten – darunter ist auch unsere Vernehmlassung. Wir planen, in der

nächsten Nummer der **FRIEDENSZEITUNG** den chaotischen Umgang des VBS mit der Vernehmlassung detaillierter zu behandeln.

Sicherheitsrats-Kandidatur

Arbeitsmässig hat uns die Kandidatur der Schweiz für einen nichtständigen Sitz im UNO-Sicherheitsrat für die Jahre 2023/2024 stärker beschäftigt als die – aus unserer Sicht – thematisch eng mit ihr verbundene kollektive Sicherheit. Das EDA hat unter dem Motto «A Plus for Peace» eine Werbekampagne dafür gestartet, auf internationaler Ebene, aber auch in der Schweiz. Wir waren beteiligt am Aufbau der inzwischen breit abgestützten zivilgesellschaftlichen Plattform zur Unterstützung der Kandidatur, die von der Gesellschaft Schweiz-UNO (GSUN) moderiert wird. Stark darin engagiert ist unser ehemaliger Geschäftsleiter Markus Heiniger. Er hat auch für die **FRIEDENSZEITUNG** eine thematische Serie zum Sicherheitsrat initiiert.

Die Plattform ist beim EDA auf offene Ohren gestossen und bereits zweimal hat das Departement einen «strukturierten Dialog» mit der Zivilgesellschaft organisiert. Innenpolitisch hat die SVP den Widerstand noch nicht aufgegeben, obwohl sie mit allen diesbezüglichen Vorstössen gescheitert ist. Ihre Niederlage bei der Beitritts-Abstimmung vor mittlerweile zwanzig Jahren (am 3. März 2002) scheint nachzuwirken, sie akzeptiert nicht, dass seit damals die UNO-Charta auch zu Schweizer Recht geworden ist. Die international kaum bestrittene Wahl ist auf den 9. Juni 2022 angesetzt. Spätestens ab dann wird es darum gehen, gangbare Formen der Mitwirkung für die Zivilgesellschaft während der Sicherheitsrats-Mitgliedschaft zu erarbeiten. Da wartet noch ein gehöriges Stück Arbeit auf die Plattform.

EDA-Dialoge mit der Zivilgesellschaft

2021 gab es – neben der Sicherheitsrats-Kandidatur – gleich mehrere Einladungen des EDA an die Zivilgesellschaft, die wir annahmen. Am 8. Juni wurde der zehnte Dialog der

Sektion Internationale Menschenrechte der Direktion für Völkerrecht mit der Zivilgesellschaft virtuell abgehalten mit fünf Themen, von Umwelt und Menschenrechten über die Charta der nationalen Minderheiten und jene der Minderheitensprachen bis hin zur Agenda «Frauen, Frieden und Sicherheit» des UNO-Sicherheitsrates und den Schweizer Prioritäten im Menschenrechtsrat. Am 1. September lud die Sektion Rüstungskontrolle, Abrüstung und Non-Proliferation der Abteilung Internationale Sicherheit des EDA ein zur Information über die «Strategie Rüstungskontrolle und Abrüstung 2022–2025».

Am 21. September fanden gleich zwei Informationsveranstaltungen statt. Am Vormittag wurde informiert über den bevorstehenden vierten Zyklus des UPR-Verfahrens, bei dem es um die periodische Überprüfung der Menschenrechtslage geht, dem sich alle UNO-Mitgliedsstaaten zu unterziehen haben. Am Nachmittag wurden die «Leitlinien Menschenrechte 2021–2024» vorgestellt. Und am 9. November wurde am «Völkerrechtstag» mit internationaler Beteiligung über den «Beitrag des Völkerrechts für die Resilienz von Staaten und der Völkergemeinschaft bei Grossrisiken» informiert und diskutiert.

Agenda 2030 ist eine Herausforderung

Bei der NGO-Plattform Agenda 2030 sind wir weiterhin Mitglied. Wir hatten uns 2018 mit dem Beitrag «Die Schweizer Politik vom Frieden her denken und gestalten» am Bericht «Wie nachhaltig ist die Schweiz? Die Umsetzung der Agenda 2030» beteiligt. Letztes Jahr beteiligten wir uns an der Umfrage des EDA zur Umsetzung der Agenda 2030 mit der Frage «Wie weit ist die Schweiz in der Umsetzung der Agenda 2030? Bestandsaufnahme 2018–2022». Die Ergebnisse sollen diesen Sommer auf der Website «SDGital2030» pulviert werden. In der Einleitung haben wir eine kritische Anmerkung angebracht:

«Wir sind erstaunt, dass die Schweiz drei der Ziele und eine erhebliche Anzahl Unterziele als «nicht prioritär» abgewertet hat und damit das austarierte Miteinander der 17 Zie-

le und 169 Unterziele einer Hierarchie unterordnen will (wobei es ja selbstverständlich ist, dass nicht alle Ziele für jedes Land die gleiche Bedeutung haben). Die Hierarchisierung ergibt für uns keinen Sinn. Und überhaupt nicht verstehen können wir die Abwertung von Ziel 16: Es gab ein sehr starkes Engagement der Schweizer Delegation im Verhandlungsprozess hin zur Agenda 2030 dafür, dass ein Ziel im Bereich Frieden, Rechtsstaatlichkeit, Menschenrechte anzustreben sei. Dies war sogar eines der vier Hauptziele des Bundesrats.

Es war und ist ein wichtiger Erfolg für die Schweiz, dass sie (zusammen mit ähnlich gesinnten Staaten) dieses neue Ziel trotz der beträchtlichen Skepsis autoritärer Regierungen so einbringen konnte, dass auch das SDG 16, das umstrittenste aller 17 Ziele, im Konsens angenommen wurde. Damit wurde die Friedens-thematik erstmals zu einem offiziellen Entwicklungsziel erklärt, ein wichtiger Fortschritt noch zu den Millennium-Development-Goals. Inhaltlich ist eine möglichst an Prävention orientierte Politik gegenüber Gewalt, wie sie im SDG 16 ausgedrückt wird, seit den Verhandlungen zur Agenda 2030 immer sowohl innenpolitisch als auch stark mit Bezug auf aussenpolitische Aktivitäten der Schweiz, z.B. der internationalen Zusammenarbeit und Friedensförderung, bezogen worden. Es ist deshalb unverständlich, dass die vorherige Priorität der Schweiz nun unter «übrige Targets» subsumiert und damit de-priorisiert wird.»

25 Jahre Zivildienst

Im letzten Jahr waren es 25 Jahre, dass die ersten Zivildienstleistenden ihren Dienst antreten konnten. Der Zivildienstverband Civiva, in dessen Vorstand ich den Friedensrat vertrate, organisierte dazu am 1. Oktober ein Podium «25 Jahre Zivildienst — ein Blick zurück und in die Zukunft», an dem ich als ehemaliger Militärdienstverweigerer teilnehmen durfte, zusammen mit Samuel Urech, freiwilliger Civiva-Berater, Josef Lang, Historiker und Alt Nationalrat (auch ehemaliger Verweigerer) und Samuel Werenfels, erster Leiter der Vollzugsstelle für Zivildienst

1996–2013. Civiva ist daran, ein Projekt für die Aufarbeitung der Geschichte der Militärdienstverweigerer aufzugleisen, das auch als Grundlage für deren Rehabilitierung dienen soll.

Grusswort an die Hiroshima-Gedenkveranstaltung in Wien

Das traditionelle Grusswort aus Heiden an die Hiroshima-Gedenkveranstaltung wurde dieses Jahr vom SFR und der PSR/IPPNW unterzeichnet und schloss mit den Sätzen: «Die Gemeinde Heiden als Ort, wo der Rotkreuzgründer Henry Dunant seine letzten Lebensjahre verbrachte, wurde vor zehn Jahren von Nagasaki mit einer Peace-Bell geehrt. Die «Angelus-Glocke», die 1945 den Atombombenabwurf beinahe unbeschädigt überstanden hatte, ist als Kopie Mahnmal vor unserem Dunant-Museum und Ort unserer alljährlichen Gedenkfeier am 9. August. Heiden ist auch Mitglied bei «Mayors for Peace». Gemeinsam mit der Vorarlberger Gemeinde Lustenau – ebenfalls Mitglied der «Mayors of Peace» – wurden in diesem Jahr gemeinsame Veranstaltungen durchgeführt, wie eben an unserem Nationalfeiertag ein Friedenslauf von Lustenau nach Heiden. So wird ein deutliches Zeichen gesetzt für den gemeinsamen grenzüberschreitenden Einsatz für den Frieden, das wir mit diesem Grusswort gerne verstärken wollen.»

Bodensee-Friedensweg in Überlingen

Im Gegensatz zu 2020, als der traditionelle Bodensee-Ostermarsch wegen den Corona-Einschränkungen ganz abgesagt werden musste, konnte er am Ostermontag, 5. April 2021, immerhin im kleineren lokalen Rahmen durchgeführt werden und stand unter dem Motto «Friedensklima – Abrüsten und Klima schützen». Die internationalen ReferentInnen wurden per Video zugeschaltet. Zurzeit laufen bereits die Vorbereitungen für den Friedensweg 2022. Er soll am 18. April in Bregenz stattfinden und steht unter dem Motto: «Es geht ums Ganze! Klima. Gerechtigkeit. Frieden.» Als Hauptreferentin ist Lea Suter vom Ilanzer



Lea Suter am UNO-Friedenstag in St. Gallen.

Forum für Friedenskultur vorgesehen. Wir hoffen, dass wir den Friedensweg dieses Jahr wieder gemeinsam werden durchführen können.

Kundgebung zum UNO-Friedenstag am 18. September in St. Gallen

Bereits zum achten Mal fand am 18. September 2021 eine Kundgebung zum UNO-Friedenstag in St. Gallen statt, coronabedingt mit einer etwas geringeren Beteiligung. Das Hauptreferat hielt Lea Suter. In ihren Ausführungen setzte sie sich mit der Friedenskultur auseinander, die auch in der Schweiz durch die internationale Entwicklung – laut IKRK gibt es über hundert bewaffnete Konflikte – und zunehmend durch die Pandemie am Bröckeln ist, wobei sich die Fronten verhärten. Es steht schlecht um die Friedenskultur in der Schweiz. Zugleich enthält diese Krise ein grosses Potenzial, uns aufzuwecken, uns daran zu erinnern, dass Frieden nicht einfach eine Errungenschaft ist, sondern ständige Pflege braucht:

«Friedenskultur als kollektiver Auftrag, beispielsweise mit der Schaffung eines Departements

für Frieden, einer von staatlichen, zivilgesellschaftlichen und wissenschaftlichen VertreterInnen getragenen interdepartementalen Arbeitsgruppe, einem nationalen Kompetenzzentrum für Konfliktlösung und Dialog, einem Friedensdienst als Alternative zu Militär- und Zivildienst. Friedenskultur als Identität, wofür Konventionen, Definitionen und die Verfassung nicht ausreichen – es braucht einen entsprechenden Lebensstil: Friedenskultur als kreativen Prozess, die schöpferische Vorstellungskraft, Dinge anders zu denken und zu gestalten, als wir es gewohnt sind, und so einen gesellschaftlichen Wandel zu ermöglichen. Friedenskultur als Gemeinschaft; nur gemeinsam sind wir in der Lage, die Geduld aufzubringen, Widerstände zu überwinden und Enttäuschungen zu überwinden. Friedenskultur als Weg der Achtsamkeit; zu beachten, nicht selber ins Denken in Schablonen und damit in nicht friedliches Denken zu verfallen. Friedenskultur als lebendiges Konzept: Frieden ist Bewegung, und Friedenskultur kann nur überleben, wenn sie wandelbar bleibt und mit der Zeit mitfliesst, gleichzeitig aber mit ihrer Quelle verbunden bleibt.»

Waffenausfuhr: Die Korrektur-Initiative hat ihr Ziel erreicht

Die Kriegsmaterialausfuhr ist ein politisches Dauerthema. Jede Verbotsinitiative hat der Bundesrat abgelehnt und jeweils eine restriktive Ausfuhrpolitik versprochen, um dann kurz nach der Ablehnung der Initiativen seine Praxis aufzuweichen. Die systematische und schwerwiegende Verletzung von Menschenrechten oder eine Bürgerkriegssituation waren früher der Grund, um keine Waffenexporte an ein Land zu bewilligen. Im Abstimmungskampf zur Kriegsmaterial-Initiative, die 2006 lanciert worden war, hatte der Bundesrat 2009 versprochen, diese Ausfuhrkriterien nicht zu lockern.

Dieses Versprechen hat der Bundesrat auf Druck der Rüstungslobby 2014 und 2018 gebrochen und die Kriegsmaterialverordnung in den beiden erwähnten Punkten aufgeweicht. Das war dann doch etwas zu viel, sodass im Dezember 2018 die breit abgestützte «Korrektur-Initiative» lanciert wurde – auch der Friedensrat gehörte zum Initiativkomitee. Bereits nach einem halben Jahr konnte sie eingereicht werden. Im März 2021 legte der Bundesrat seine Botschaft zur Initiative mit einem indirekten Gegenvorschlag vor, die im Schnellzugstempo behandelt wurde. Im Juni 2021 behandelte der Ständerat und im September der Nationalrat die Vorlage, die am 1. Oktober verabschiedet wurde.

Die Kernbestimmung im Kriegsmaterialgesetz lautet neu:

«Art. 22a Bewilligungskriterien für Auslands-geschäfte

Abs. 2 Auslandsgeschäfte nach Artikel 22 und Abschlüsse von Verträgen nach Artikel 20 werden nicht bewilligt, wenn:

- a. das Bestimmungsland in einen internen oder internationalen bewaffneten Konflikt verwickelt ist;
- b. das Bestimmungsland Menschenrechte schwerwiegend und systematisch verletzt;
- c. im Bestimmungsland ein hohes Risiko besteht, dass das auszuführende Kriegsmaterial gegen die Zivilbevölkerung eingesetzt wird; oder
- d. im Bestimmungsland ein hohes Risiko besteht, dass das auszuführende Kriegsmaterial an einen unerwünschten Endempfänger weitergegeben wird.»

Damit kann der Bundesrat nicht mehr mit einer Verordnungsänderung Ausfuhren in Länder mit schwerwiegenden Menschenrechtsverletzungen oder in Bürgerkriegsländer möglich machen. Gestützt darauf hat das Initiativkomitee die Initiative «bedingt» zurückgezogen; das heisst, wenn kein Referendum gegen die Gesetzesrevision zustande kommt. Mit dem Ablauf der Referendumsfrist am 20. Januar ist die Korrektur-Initiative nun erledigt. Für einmal ist es gelungen, in den Eidgenössischen Räten eine waffenausfuhrkritische Mehrheit zu finden – ein Hoffnungszeichen für friedenspolitische Anliegen?

Ruedi Tobler

Anmerkungen

1 www.sicherheitneudenken.de.

2 Die Vernehmlassung ist einzusehen unter: www.friedensrat.ch/vernehmlassung-des-schweizerischen-friedensrates-sfrzum-entwurf-vom-14-april-2021-des-sicherheitspolitischen-berichts-2021/

3 Siehe dazu den Beitrag von Maria Ackermann auf Seite 20.

4 www.friedensrat.ch/wp-content/uploads/2021/05/KOFF-Rundtsch-Ruedi-Tobler.pdf; das Manuskript enthält eine Vielzahl von erläuternden und ergänzenden Fussnoten.

5 Siehe z.B. A/HRC/RES/45/22 Resolution des Menschenrechtsrates, Nationale Menschenrechtsinstitutionen, verabschiedet am 6. Oktober 2020; zweiter Absatz in der Einleitung: www.un.org/Depts/german/menschenrechte/a-hrc-res-45-22.pdf. Wie viele Staaten den umfassenden Menschenrechtsansatz tatsächlich umsetzen, ist eine andere Frage.

6 Im Bericht «Prüfung der Kontrolle des Transfers von Kriegsmaterial. Staatssekretariat für Wirtschaft SECO» vom 20. Juni 2018 hat die Eidgenössische Finanzkontrolle festgehalten:

«Die SECO-Abteilung Exportkontrolle und Sanktionen und die Sektion Rüstungskontrolle und Rüstungskontrollpolitik im Speziellen sollten in der Ausübung ihrer Funktion als Bewilligungs- und Kontrollbehörde für Kriegsmaterial eine kritische Distanz zu den beaufsichtigten Firmen und ihren Lobbyisten pflegen.» (Seite 5)

7 Erschienen in: «Wie nachhaltig ist die Schweiz? Die Umsetzung der Agenda 2030 aus Sicht der Zivilgesellschaft», 2018, hrsg. von der Plattform Agenda 2030; zu finden unter: www.plattformagenda2030.ch/publikationen/wie-nachhaltig-ist-die-schweiz.



Der Friedenskalender 2022 zu Usbekistan

Zum 26. Mal erschien im Oktober 2021 der Postkarten-Friedenskalender des Friedensrates mit den farbigen, beliebten und durch Vielfalt sich auszeichnenden Kartensujets, dieses Mal von einer Reise nach Usbekistan. Die Fotos stammen von Holger Hoffmann, Helmut Köllner, Jürgen Budday, Manfred Lengacher und mir. Ein lang gehegter Reisewunsch ging für mich im Mai 2021 in Erfüllung. Unerwarteterweise hatte ich die Gelegenheit, kurzfristig nach Usbekistan zu reisen, dem magischen, von der legendären Seidenstrasse stark geprägten Land, denn die Handelsroute – auf der bereits Marco Polo und viel später Ella Maillart, die bekannte Reisejournalistin in den 1930er-Jahren, unterwegs waren und die blühende Handelsplätze und Städte auf dessen Hauptroute vom Mittelmeerraum auf dem Landweg über Zentralasien mit Ostasien verband.

Dementsprechend führte unsere Reise zum Unesco-klassifizierten Chiwa, einst eine Oase und eine der intaktesten Städte an der einstigen Seidenstrasse mit einer von einer prachtvollen Mauer umgebenen Altstadt, Palästen, Mausoleen, Medressen und Minaretten. Wir fuhren tagelang durch scheinbar endlose Landschaften zu einem Jurtencamp inmitten der Kyzylkum-Wüste und zu den Städten Buchara und Samarkand – Städte wie aus 1001 Nacht. Wir überquerten einen 1788 Meter hohen Pass und erreichten Shahrissabz – ein weiteres architektonisches Juwel im Süden Usbekistans. Zum Abschluss der Reise fuhren wir nach Taschkent, der nach Kabul zweitgrössten Hauptstadt Zentralasiens mit einem faszinierenden russisch-sowjetisch-orientalischen Gemisch und als Gegensatz dazu mit der einzigen zentralasiatischen Metro.

Usbekistan – eine 448'978 km² grosse ehemalige sowjetische Teilrepublik mit 33,2 Mio. EinwohnerInnen (Stand 2020) – erlangte seine Unabhängigkeit am 20. Juni 1991. Seit 2016 – mit der Wahl von Shavkat Mirziyoyev als Staatspräsident, der im Oktober 2021 wiedergewählt wurde – mehren sich die Anzeichen für eine sich abzeichnende politische Liberalisierung. Das Land öffnet sich nach aussen und innen. Die nächsten Jahre werden zeigen, ob der Raum für zivilgesellschaftliche Aktivitäten noch mehr erweitert wird. Es warten viele Herausforderungen auf die gastfreundlichen und herzlichen Usbekinnen und Usbeken, nicht zuletzt auch im Bereich der Umwelt; insbesondere braucht es Lösungen für die knapp werdenden Wasserressourcen, die anhaltenden Dürren sowie die in Grossstädten herrschende Luftverschmutzung.

Francine Perret

Weitere Informationen zu Usbekistan

In der September-Ausgabe Nr. 38/21 und der Dezember-Ausgabe 39/21 der **FRIEDENSZEITUNG** finden sich je ein Schwerpunkt zur historischen wie aktuellen «Seidenstrasse: Romantik oder Neokolonialismus?» und eine Liste mit Publikationen zu Usbekistan sowie Hinweise auf informative Webseiten. Die Ausgaben sind erhältlich unter info@friedensrat.ch.

Vorstandsausflug an den Bodensee am 16. September

Endlich mal wieder raus, sagte sich der Vorstand des Friedensrates und besuchte die Ausstellung «Friedensklima – 17 Ziele für Gerechtigkeit und Frieden» auf der Lindauer Gartenschau. Als wir das Schiff in Rorschach bestiegen, war das Wetter durchgezogen, sodass wir auf dem Deck Platz nehmen konnten. Maria Ackermann hatte einen Fragebogen zur Zukunft des Friedensrates ausgearbeitet, den wir erst einzeln durchgingen und nachher in der Gruppe besprachen. Dabei haben wir uns einige Ziele gesetzt, doch die Dauer der Überfahrt war zu kurz, um die Resultate gebührend zu vertiefen.

Angekommen in Lindau, zogen dunkle Wolken auf. Trotzdem spazierten wir dem Ufer entlang zur Ausstellung. Nur einige wenige BesucherInnen sahen sich die Gartenschau an. Bald schon entdeckten wir Frieder Fahrbach, den Verantwortlichen der Ausstellung, den wir alle vom Internationalen Bodensee-Friedensweg her kannten und der uns herzlich begrüßte. Er führte uns durch die Ausstellung: Jedes Nachhaltigkeitsziel wurde durch einen kleineren

oder grösseren Kubus dargestellt, der bunt bemalt und beschriftet war, sodass man sich einen guten Überblick verschaffen konnte. Frieder erzählte, dass die meisten BesucherInnen keine Ahnung hatten von diesen Zielen. Während seinen Ausführungen begann es zu regnen, dank den grossen Bäumen blieben wir aber beinahe trocken. Frieder drückte uns zum Abschied einen Ausstellungskatalog in die Hand und meinte zuversichtlich: «Auf Wiedersehen am 18. April 2022, am Ostermontag in Bregenz zum nächsten Friedensweg am Bodensee, der von Leuten aus Deutschland, Österreich und der Schweiz seit vielen Jahren organisiert wird.»

Bevor uns das Schiff wieder nach Rorschach brachte, gönnten wir uns in einer Beiz am Hafen einen feinen Imbiss. Die Fahrt auf dem See verbrachten wir drinnen, draussen wäre es zu kühl gewesen. Die Zeit beim gemütlichen Beisammensein verging sehr schnell, sodass wir das Nachdenken über die Ziele des zukünftigen Friedensrates etwas vergassen. Diese Arbeit steht uns noch bevor. *Jenny Heeb*

SCHWEIZERISCHER FRIEDENSRAT

In die Friedensarbeit investieren – Legate, Schenkungen oder Erbschaften für den SFR

Der Schweizerische Friedensrat ist für seine kontinuierliche Friedensarbeit neben Mitgliederbeiträgen, Abonnementen der **FRIEDENSZEITUNG** und einmaligen wie regelmässigen Spenden auf zusätzliche Mittel angewiesen. Nur dank Ihrer Unterstützung können wir wichtige friedenspolitische Themen aufgreifen, unsere Informationsarbeit weiterführen und unsere Projekte verwirklichen.

Mit Ihrem Testament bestimmen Sie aktiv, wie Ihr Vermögen verwendet wird, und Sie können unsere Anliegen wirkungsvoll unterstützen. Legate und Erbschaften

haben eine besondere Bedeutung für uns, denn sie ermöglichen ein längerfristiges Engagement für den Frieden. Sie sind besondere Vermächtnisse, die in unserer Organisation vertraulich und respektvoll behandelt werden. Auch kleinere testamentarische Begünstigungen helfen uns, zukunftsicherer zu planen.

Gerne stehen wir Ihnen für weitere Informationen zur Verfügung. Wenden Sie sich an unseren Geschäftsleiter, Peter Weishaupt, Telefon 044 242 93 21, Mail: info@friedensrat.ch.

Der Ilanzer Sommer vom 8. bis 14. August 2021

Wenn ich an den erstmals durchgeführten Ilanzer Sommer denke, sehe ich vor mir die mutigen Ilanzer Dominikanerinnen. Sie wagen etwas Neues. Sie, die noch im Kloster leben, wollen ihr Engagement, ihren Geist der Gemeinschaft, der in der christlichen Botschaft, in der gewaltfreien Ethik verwurzelt ist, weitergeben. Sie haben das Forum für Friedenskultur ins Leben gerufen, das den Ilanzer Sommer 2021 durchgeführt hat. Der frühere IKRK-Präsident Jakob Kellenberger hielt die Eröffnungsrede zum Thema «Kann Friede geübt werden?»: «Friedenspolitische Akteure, staatliche und nichtstaatliche, können noch besser zusammenarbeiten, um mehr Wirkung zu entfalten. Der Wille zur Macht mit all den Mitteln, über welche die Mächtigen verfügen, bedroht den Frieden überall, mehr in gewissen Gebieten als in anderen. Aber es wachsen auch die Widerstände gegen die Arroganz der Macht.»

Corin Curschellas, die bekannte Bündner Sängerin, die alte rätoromanische Volkslieder «restauriert», wie sie sagte, und auch neue Lieder komponiert, erfreute zu Beginn und zum Schluss des Ilanzer Sommers Seele und Geist der TeilnehmerInnen. Die Wanderungen durch die Rheinschlucht und auf den Piz Mundaun wie auch die allabendlichen Gedankengänge in Ilanz weiteten den Blick. Ich wurde mit der Geschichte und der heutigen Lebenssituation in der Surselva vertrauter. Das Ilanzer Kino bot eine Friedensfilmwoche mit Diskussionen nach den Filmen an.

Der Freitagabend war der Frage gewidmet, ob die Schweiz einen neuen Gesellschaftsvertrag braucht. Dazu sammelte Anne Gloor während der ganzen Woche in kurzen Gesprächen mit den TeilnehmerInnen Kriterien für einen allfälligen neuen Vertrag. Siehe da, die meisten Kriterien finden sich in der Präambel der Bundesverfassung. Muss diese also neu umgesetzt werden?

Vom Donnerstag bis Samstag beteiligte ich mich morgens am Track «Mediale Öffentlichkeit/Gesprächskultur in der Zerreihsprobe»: Am ersten Tag ging es um die Gesprächskul-

tur allgemein, um die Gewalt in der Sprache, ums Konstruktiv-Streiten. Aufbauend darauf ging es am zweiten Tag um die Begegnung mit Andersdenkenden, darum, welche Themen die Schweiz spalten, und um die Frage, was kollektive Narrative verbergen. Der dritte Tag widmete sich den Erkenntnissen aus den Auseinandersetzungen, erste konkrete Umsetzungsschritte wurden diskutiert. Die Nachmittage nutzte ich, um in den Ateliers die Impulse vom Morgen zu vertiefen.

Eindrücklich waren auch die Zuschaltungen von Personen, die in Konfliktgebieten arbeiten, und das Gespräch mit dem US-amerikanischen Friedensforscher John Paul Lederach. Die Woche bewies, dass Friede geübt werden kann, zeigte auf, dass ein weltweites Friedensübungsnetz existiert, stärkte die Hoffnung, dass Widerstände gegen die Arroganz der Macht wachsen können. Bleiben wir dran. Vom 7. bis 13. August 2022 findet der 2. Ilanzer Sommer statt.

Maria Ackermann



4. Schweizer Friedenskonferenz in Trogen

Die 4. Schweizer Friedenskonferenz, ein Treffen von Friedensorganisationen, an dem jeweils ein Friedensstab an jene Organisationen weitergegeben wird, die das folgende Treffen organisieren soll, hat am 5. Juni 2021 im Kinderdorf Pestalozzi im appenzellischen Trogen stattgefunden. Sie hatte das Thema «Friedensbildung und Sicherheit: Welche Wege in Politik und Bildung führen dorthin?». Organisiert wurde die Tagung von den Frauen für den Frieden, zusammen mit dem Friedensrat und der WILPF, unterstützt von der Stiftung des Kinderdorfes. Anwesend waren 36 Personen.

Für den Kinderdorf-Mitarbeiter Marcel Henry, der die Ausstellung zu «75 Jahre SOS-Kinderdorf» verantwortete, die in einem Haus des Dorfes und im Aussenraum zu sehen war, bilden der Frieden und das Kinderdorf eine Einheit. Kinderrechte und Bildung stehen im Zentrum der Arbeit des Kinderdorfes. Henry gab einen historischen Überblick über den Werdegang des Kinderdorfes: Zwar kommen kei-

ne Waisenkinder und/oder Kriegsgeschädigte mehr nach Trogen, aber interkulturelle Bildung und Zusammenarbeit unter den Völkern ist noch heute wichtig. Davon zeugen auch 15'000 bis 18'000 Kinderzeichnungen, die im Fundus des Dorfes gefunden worden sind.

Anschliessend war das Publikum eingeladen zu einer Präsentation des Künstlerinnen-Kollektivs Schweizer Armee für Gemeinschaft und Frieden (SAGF): Es traten drei junge Frauen auf, die sich beim Kunststudium kennengelernt haben (Noemi Scheurer, Linda Suter und Olivia Schreiner). Diese drei Adas (Angehörige der Armee, in Uniform) sprachen das Publikum für einen Ausschuss an, der sich um Friedensfragen kümmern soll. SAGF ist ein staatliches Instrument und agiert als Armee nur im Inneren statt wie früher gegen aussen. Allen EinwohnerInnen der Schweiz stehen 1000 Tage Friedenszeit während ihres Lebens zu. Tageweise, wochenweise, an einem Stück. Die Friedenszeit ist im Alltag einzusetzen, sei es in Institutionen, im Kollektiv oder auch individuell, aber laut Konzept muss sie gebraucht werden, sonst muss eine Abgabe bezahlt werden. Es geht um den verbindenden Charakter innerhalb der Bevölkerung.

Am Nachmittag tauschten sich Priska Seiler Graf (SP-Sicherheitspolitikerin, seit 2015 Nationalrätin, Mitglied der sicherheitspolitischen Kommission), Seline Iseli Ouedraogo (Sektionschefin Globale Sicherheit in der Abteilung Internationale Sicherheit des EDA) und Annemarie Sancar (Netzwerkkordinatorin bei Peace Women across the Globe) über Ideen und Meinungen zu den Themen Sicherheitspolitik, Friedensförderung, die zentrale Bedeutung der Gleichstellung der Frau in der Schweizer Politik und vieles mehr aus. Am Schluss wurde der Friedensstab vom Kinderdorf Pestalozzi signiert und dem KOFF weitergegeben. Die nächste Friedenskonferenz soll am 21. September 2022 in der Kaserne Basel stattfinden.

Diana Schenkel

Die Schweizer Armee für Gemeinschaft und Frieden (SAGF) am 5. Juni 2021 in Trogen im Einsatz.



Rückblick auf die Cafés de la paix 2021 am Zürcher Gartenhof

Die Frauen des SFR-Vorstandes haben im Jahr 2021 die Tradition des Café de la paix wieder aufgenommen. Ungefähr alle zwei Monate fand ein Anlass statt, an dem es um die Auseinandersetzung mit friedenspolitischen Themen ging. Mit einer Online-Veranstaltung startete am 25. April die Reihe: Dr. Theodor Ziegler, der Mitinitiant von «Sicherheit neu denken. Von der militärischen zur zivilen Sicherheitspolitik» stellte das Projekt vor. In einem 5-Säulen-Modell zeigt das Konzept, das von der Badischen Landeskirche initiiert wurde, auf, wie die Sicherheitspolitik in Deutschland ohne Armee ab 2040 aussehen könnte. Der Abend galt auch der Vorbereitung der SFR-Jubiläumsveranstaltung vom 19. November 2021.

Am 28. Juni wurde mit Ruedi Tobler und Cora Alder der sicherheitspolitische Bericht des Bundesrates unter die Lupe genommen. Cora Alder, Program Officer Religion in Me-

diation am CSS (Center for Security Studies der ETH Zürich, dem Kompetenzzentrum für schweizerische und internationale Sicherheitspolitik), zeigte mit Beispielen eindrücklich auf, wie das Konzept der intersektionalen Konfliktanalyse zum Tragen kommen kann. Der Abend ging der Frage nach, ob und wie dieses Konzept im sicherheitspolitischen Bericht Aufnahme fand. Ergebnisse flossen in die entsprechende SFR-Vernehmlassung ein.

Am 24. August feierten die Anwesenden zusammen mit dem Netzwerk Schweiz-Transkarpatien/Ukraine NESTU bei einem Apéro im Garten und begleitet von Geige und Gesang die Unabhängigkeit der Ukraine. Zuvor sprachen Cécile Druey und Nailya Ibragimova über ihr Jugend- und Friedensprojekt im ukrainischen Donbass, wo seit sieben Jahren Krieg herrscht.

Am 25. Oktober berichtete Maja Hess, Präsidentin von Medico International Schweiz, vom Überlebenskampf der Menschen in Gaza, die von Krieg und Besatzung gezeichnet sind. Medico International unterstützt die psychosoziale Arbeit und die Aktivitäten der medizinischen ProjektpartnerInnen in Gaza – es sind kleine Zeichen der Menschlichkeit in der ohnmächtigen Situation.

Im Rahmen der Kampagne 16 Tage gegen Gewalt an Frauen organisierten wir zusammen mit der WILPF ein weiteres Café de la paix zum Thema «Sexualisierte Gewalt rund um Frauenhandel und Frauenmigration». Doro Winkler, Bereichsleiterin Fachwissen und Advocacy der FIZ, Fachstelle für Frauenhandel und Frauenmigration, erzählte, wie durch ihre Begleitung die betroffenen Frauen wieder Kontrolle über ihr Leben zurückgewinnen können.

Die Cafés de la paix wollen friedenspolitische Aktivitäten vorstellen, Auswirkungen von Kriegen aufzeigen, die Möglichkeiten der Aufarbeitung von Kriegstraumata bekannt machen, gewaltverhindernde Strategien thematisieren. An den Veranstaltungen, an denen zwischen 15 bis 35 Personen teilnahmen, durfte auch das Feiern nicht fehlen. Die Möglichkeit der Online-Teilnahme war gegeben.

Maria Ackermann

Montag, 29. November 2021
von 19.00 – 21.00 Uhr
an der Gartenhofstrasse 7 in Zürich

Sexualisierte Gewalt rund um Frauenhandel und Frauenmigration

Wie erleben Frauen sexualisierte Gewalt? Welch gesellschaftlichen Rahmenbedingungen braucht es, um die sexualisierte Gewalt zu stoppen?

Im Gespräch mit
Doro Winkler
Bereichsleiterin Fachwissen und Advocacy FIZ,
der Fachstelle Frauenhandel und Frauenmigration

Eine Veranstaltung im Rahmen der Kampagne 16 Tage gegen Gewalt an Frauen.

SCHWEIZERISCHER FRIEDENSRAT WILPF Schweiz

Friedenszentrum, Treffpunkt für Frauen und Flüchtlinge



Ina Boesch
Kulturwissenschaftlerin,
Publizistin und Kuratorin

Ruedi Brassel
Historiker, Autor, Leiter
SP-Sekretariat Baselland

Ruedi Eppler
Sozialwissenschaftler,
Historiker, Lektor

Peter Weishaupt
Geschäftsleiter SFR,
Redaktor *Friedenszeitung*

November 2019

Ina Boesch, Ruedi Brassel, Ruedi Eppler, Peter Weishaupt: **Haus Gartenhof in Zürich. Raum für vernetzte Friedensarbeit.** Chronos Verlag, Zürich 2019. Gebunden, 192 Seiten, zahlreiche Abbildungen s/w., Fr. 38.–.

1938: Ganz Zürich bleibt nachts verdunkelt, um Fliegerbomben kein Ziel zu liefern. Eine Luftschutzübung des Militärs bereitet auf den Krieg in Europa vor. Nur ein Haus im Arbeiterquartier Zürichs sticht aus der Dunkelheit heraus. Die Liegenschaft des religiös-sozialen Theologen Leonhard Ragaz und seiner Frau Clara bleibt hell beleuchtet – aus Protest gegen die passive Einstimmung auf den Krieg. Der Zürcher Gartenhof bildete von den Zwischenkriegs- bis in die Nachkriegsjahre das Zentrum schweizerischer Friedensaktivitäten.

Das Haus an der Gartenhofstrasse 7 in Zürich-Aussersihl war ein Knotenpunkt in einem dichten Netzwerk sozialer Bewegungen mit lokaler, regionaler und internatio-

ner Ausstrahlung. Der Gartenhof war einerseits Teil der internationalen Settlementbewegung, die zu Beginn des 20. Jahrhunderts auch die Schweiz erreichte. Durch Sozial-, Bildungs- und Nachbarschaftsarbeit sollte die Lage der arbeitenden Bevölkerung verbessert werden. Andererseits entwickelte sich der Gartenhof nach dem Ersten Weltkrieg zu einem radikalpazifistischen Zentrum. Prägend wirkte Clara Ragaz-Nadig, die im Frühjahr 1919 zusammen mit der späteren amerikanischen Nobelpreisträgerin Jane Addams eine grosse Frauenfriedenskonferenz auf neutralem Boden in Zürich organisierte. Schliesslich dokumentieren die Autoren die Fluchthilfe der Auskunftsstelle für Flüchtlinge in den Jahren vor und während des Zweiten Weltkriegs, die ebenfalls vom Gartenhof aus tätig war.

Es hat noch wenige Exemplare, sie können für 38 Franken bezogen werden beim SFR, Gartenhofstr. 7, 8004 Zürich, info@friedensrat.ch.

Die erste Ausgabe 2021 der **FRIEDENSZEITUNG**, die Anfang März zu den AbonnentInnen fand, beschäftigte sich mit der düsteren Lage in der Provinz Tigray, nachdem die Regierung des Friedensnobelpreisträgers Abiy Ahmed mithilfe eritreischer Truppen dort gegen Rebellen und Bevölkerung vorging – ein Konflikt, der auch anderthalb Jahre später noch anhält. Wir dokumentierten nicht nur die Verbrechen der militärischen Einheiten gegen die Zivilbevölkerung, sondern skizzierten auch die wichtigsten Eckpunkte des Tigray-Konfliktes. Ergänzend brachten wir einen eindringlichen Aufruf von EritreerInnen aus der Schweiz gegen den Einsatz des eritreischen Militärs in Tigray, ergänzt mit der Forderung, den Aufenthalt von Flüchtlingen aus Äthiopien und Eritrea hierzulande endlich zu regularisieren. Zu bemerken bleibt, dass die seinerzeitige Ver-

leihung des Friedensnobelpreises an den äthiopischen Regierungschef nicht falsch war, denn ausgezeichnet wurde er nicht wegen seiner allgemeinen Friedensliebe, sondern wegen seiner Bereitschaft, den jahrzehntelangen Konflikt mit dem eritreischen Nachbarn zu beenden.

In der gleichen Ausgabe beschäftigte sich unser UNO-Korrespondent Andreas Zumach in einer umfangreichen Analyse mit der Arbeit des internationalen Strafgerichtshofes 75 Jahre nach den Nürnberger Prozessen («Kein Ende der Strafflosigkeit»). Das Völkerrecht und die UNO bildeten weitere Schwerpunkte der **FRIEDENSZEITUNG**, in erster Linie mit der Fortsetzung unserer Serie zur Kandidatur des Landes für den Sicherheitsrat: Im vierten Teil (März-Ausgabe) beschäftigten wir uns mit der Chance für eine friedensorientierte Schweizer Aussenpolitik, und warum sich das Mitmachen

FRIEDENSZEITUNG

NR. 29 DEZEMBER 2021

- | | |
|--|--|
| 1 Die kontaminierten Bührle-Bilder im Kunsthaus Zürich | 18 Artikel: Warmes Klima, kalter Krieg |
| 5 Sicherheitsrat: Welche Ambitionen hat der Bundesrat? | 22 Überprüfungsanfrage des Atomenergiewertrags |
| 6 Äthiopien: Ab wann ist der Bürgerkrieg Völkermord? | 26 Gertrud Krug: Empathie als Subversion |
| 10 Bührle: Die versteckte Aufrüstung Deutschlands | 31 Rezension: An der Peripherie des Holocaust |

Der Zürcher Bührle-Skandal: Geschichte und Aktualität

Wie Emil Georg Bührle zu seiner Zürcher Kunstsammlung kam

Anfang Oktober 2021 wurde der Chip-perifid-Annebau des Zürcher Kunsthauses mit der grossen Impressionen-Sammlung von Waffenhandlerner Emil Georg Bührle im Zentrum eröffnet. Wir dokumentieren, wie dieser zum ersten reichen Schweizer wurde und zu 388 unstrittigen Kunstwerken kam (siehe den Schwerpunkt auf Seite 10). Nachfolgend kommentiert der Historiker Jakob Tanner, Mitglied der einstigen Unabhängigen Expertenkommission Schweiz – Zweiter Weltkrieg (UEK), die neu aufgetauchte Auseinandersetzung am Bührle-Erbe und den Umgang der Schweiz mit Raubgut.

Jakob Tanner

«Zürch hat sich nicht eine Gewerbetriebe, sondern eine Kanonenkugel in den Box geschlossen. So kommentiert die Wirtschaftswissenschaftlerin Bodo den Bührle-Skandal in Zürich. Tatsächlich endete die Kommunikationstrategie von Stadt und Kanton Zürich mit einem Flop. Als im August 2018 eine Studie zur Geschichte des «Kanonenkings» Emil Georg Bührle und seiner Kontakte in Auftrag gegeben wurde, liess es noch, die Linienstadt wurde ein international verbreitetes Projekt zum Umgang mit einer politisch be-

lasteten Kunstsammlung (...) präzisieren: (Zitat aus dem Projektkaufing). Das urbane Standortmarketing hatte vor, die Linienstadt mit einer hochkarigen Sammlung in die globale Spitzenrolle der Museen zu katapultieren, wurde jedoch in flagrant von der äusseren Geschäfte Bührle eingeleitet.

Auch in der Wirtschaftsmetropole der Schweiz kommt Hochmut vor dem Fall. Und Überheblichkeit steigert die Fälligkeit. Sie führt zu falscher Selbstbehauptung und geistiger Lethargie. Jedenfalls schrieb Simon Erlanger Mitte Oktober 2021 in Zürich: «Offenbar hat man in Zürich den Moment in den neueren

Jahren verschlafen, als die Begleitkommission an die Aufarbeitung der Geschichte der Schweiz im Zweiten Weltkrieg ging.»

Zwischen Antifaschismus und engen Beziehungen zum Nazi-Regime Zürich unterhielt nach 1933 sowohl wirtschaftlich-finanziell wie kulturell besonders starke Verbindungen mit dem «Dritten Reich». In der einen Richtung haben Schriftstellers, Schauspieler und andere Kulturschaffende vor den Nationalsozialisten und fanden im Zürcher «Emigranten-Juden-Maximilians-Theater», wie es von den rechtsextremen Fronten bezeichnet wurde, eine neue Wirkungsstätte von abseits europäischer Ausstrahlung. In der anderen Richtung waren die geschäftlichen und persönlichen Beziehungen zum NS-Regime sehr eng und nach Kriegsausbruch explodierten die – durch die «Clairings-Milliards» des Bundes mitunterstützten – Waffenimporte Emil G. Bührle war abhand der reichste Mann der Schweiz.

Die Erinnerung an die antisemitische Plänenbühne fand in Zürich immer mehr Anklang als jene an die Offizieller Werkzeugmacherfabrik und an deren in rechtsex-



Fortsetzung Seite 2

FRIEDENSZEITUNG

NR. 38 SEPTEMBER 2021

- | | |
|--|---|
| 1 Das afghanische Flakko im Krieg gegen den Terror | 16 Der Zivilist kann den Zivilschutz nicht retten |
| 6 Jakobsberger: Kann man Frieden leben? | 20 Seidenstrasse: Rummel oder Neokolonialismus? |
| 10 Kolumbien: Friedensabkommen gefährdet | 24 Nagasaki-Tag: Die atomare Kette durchbrechen |
| 13 Russ und Mowag in Brasiliens Favelas | 26 Anmerkungen zum sicherheitspolitischen Bericht |

Afghanistan, Irak, Syrien, Mail – und wie weiter?

Gescheiterter Krieg gegen den Terror ohne Ende

Am 11. September 2021 jährt sich der Al-Kaida-Angriff auf die Twin-Tower in New York zum zwanzigsten Mal. Einen Monat zuvor Mitte August sind die Details von der Macht vertriebenen Taliban wieder in Kabul einmarschiert. Eine Bilanz des gescheiterten «Kriegs gegen den Terrorismus» und seine weiteren Folgen.

Andreas Zumach

Seit den vom islamistischen Al-Kaida-Netzwerk verübten Anschlägen vom 11. September 2001 gegen Ziele in den USA bezieht sich die grosse Mehrheit der 194 UNO-Staaten – auch die Schweiz – an dem von damaligen US-Präsidenten George Bush ausgerufenen «Krieg gegen den Terrorismus». Sei es mit militärischen Mitteln, mit logistischen, geheimdienstlichen und finanziellen Betrieben oder zumindest mit politischen Unterstützung.

Doch trotz dieser starken internationalen Beteiligung: Gemessen an dem vor 20 Jahren öffentlich proklamierten ersten Ziel, die Bedrohung durch islamistisch gerechtfertigten Terrorismus aus der Welt zu schaffen, ist jeder Krieg

nicht nur gescheitert, sondern sogar kontraproduktiv. Auch die nachgeordneten Ziele, zerfallene oder diktatorisch regierte Staaten zu stabilisieren und dort Freiheit, Menschenrechte und Demokratie durchzusetzen, wurden verfehlt.

Keine selbstkritische westliche Bilanz der letzten 20 Jahre. Doch selbst nach der schmachvollen Niederlage der Nato-Staaten in Afghanistan, die Mitte August diese Jahre mit der Rückeroberung der Hauptstadt Kabul durch die Taliban besiegelt wurde, findet keine ehrliche, selbstkritische Bilanz der letzten 20 Kriegsjahre statt. Stattdessen gibt es nur geringfügige Schuldzuweisungen über die eklatanten Fehlschläge der Lage in Afghanistan und das Veragen aller westlichen Geheimdienste



Fortsetzung Seite 2

und Regierungen seit Beginn dieses Jahres sowie erhebliche und monströse Debatte über die Rettung und Aufnahme ehemaliger afghanischer Obristen der westlichen Interventionen und von Flüchtlingen. Und anderswo wird der gescheiterte «Krieg gegen den Terrorismus» einfach fortgesetzt.

In Afghanistan fand die erste, bislang einzige und in jeder Hinsicht Opferrolle, finanzielle Kosten und anderen ein-geordneten Ressourcen einseitigen und übergründete Schlacht dieses Krieges statt. Seine heisse Phase begann am 7. Oktober 2001 mit Luftschlägen der USA gegen Stützpunkte des Al-Kaida-Netzwerks in Afghanistan. Ende Dezember 2001 waren die Al-Kaida-Strukturen in dem Land am Hindukush weitgehend zerlegt und das Taliban-Regime in Kabul gestürzt. Die Regierungen in Washington und anderen westlichen Hauptstädten feierten den ersten Sieg im Krieg gegen den Terrorismus.

Es war vorhersehbar. In der aktuellen Debatte steht der Rückkehr der Taliban an die Macht in Kabul wird vielerorts behauptet, dieser

- | | |
|---|--|
| 1 Äthiopische und eritreische Truppen in Tigray | 14 Die neutralen Staaten im Sicherheitsrat |
| 4 Eritrea Aufruf: «Ohne dabei das Gesicht zu verlieren» | 16 Friedensbedrohende Wirkung der Klimakrise |
| 6 Völkermord: Kein Ende der Straflosigkeit | 20 Die UNO-Resolution 2352 zu Kindern im Krieg |
| 10 Teil d der Serie zur Sicherheitsratskandidatur | 28 Syrien: Rekrutierung von Minderjährigen |

Aufruf von Eritreerinnen in der Schweiz zum Krieg im äthiopischen Tigray-Gebiet

Der Krieg in Tigray – eine Chronik

Anfang November 2020 eskalierte der Konflikt in der äthiopischen Provinz Tigray. Die äthiopische Regierung unter Ministerpräsident Abiy Ahmed startete eine Militäroffensive gegen die Provinz, nachdem die dort regierende TPLF eine Wahl durchgeführt und eine militärische Eskalation vorantreiben. Anfang Dezember erklärte Abiy Ahmed das Ende des Krieges. Tatsächlich wird der Krieg jedoch fortgeführt. Eritreerinnen in der Schweiz protestieren nicht nur gegen den Einsatz eritreischer Truppen im Nachbarland, sondern haben jetzt den Zeitpunkt für einen allgemeinen Tag der Äthiopien und Eritrea in unserem Land endlich zu registrieren.

[Eritreischer Medienband Schweiz /

Am 4. November 2020 ist der lang schwelende Konflikt zwischen der äthiopischen Zentralregierung unter Premierminister Abiy Ahmed und der bis zu dessen Machtantritt im April 2018 dominierten Tigray People's Liberation Front (TPLF) militärisch eskaliert. Seitdem bekämpfen sich im Norden des Landes die Truppen der Zentralregierung und die TPLF-Miliz. Gefährlich und unberechenbar macht das Konflikt die Talschaften, das nicht nur 100'000 eritreische Geflüchtete, die im Tigray-Gebiet in UNHCR-Lagern Zuflucht gesucht haben,

zwischen die Fronten geraten sind, sondern dass Premierminister Abiy Ahmed zur Bekämpfung der TPLF-Milizien offenkundig auch auf deren alten Verbündeten, Eritrea, Machtfahrer Isaia Aferwerki, setzt. So griffen äthiopische Truppen die TPLF-Milizien nicht nur vom Gebiet der eigentlich unabhängigen Eritrea aus an. Eritreische Streitkräfte befinden sich auch in Tigray, wo sie für Mord- und Plünderungen an der Zivilbevölkerung, aber auch für Entführungen eritreischer Landeute aus den UNHCR-Lagern verantwortlich gemacht werden. Sowohl die äthiopische Zentralregierung als auch Diktator Aferwerki bestreiten diese Entwicklung der Ereignisse bislang vehement, doch die Beweise für eine militärische Präsenz eritreischer Truppen in Tigray werden immer eindrücklicher.

Die wichtigsten Eckpunkte des Tigray-Konflikts

Die Regionalregierung der nordäthiopischen Provinz Tigray wurde von der ehemaligen Regierungspartei TPLF gestellt. Im Norden des Landes vorbereitet hat, hängt von der jeweiligen Darstellung der Ereignisse ab. Am 3. November griffen angründliche TPLF-Milizien einen Militärlagerort der äthiopischen Streitkräfte an, ermordeten äthiopische Soldaten und hielten weitere 5000 Mann als Geiseln fest.

Fortsetzung Seite 2



- | | |
|--|---|
| 1 Israel/Palästina-Essay: Die Hoffnung der Narren | 14 UNO-Serie: Die Dauerblockade des Sicherheitsrates |
| 4 Die UNO-Agenda 2030: universell und unteilbar | 16 Entwicklungen bei Drogen und Robotik im Militär |
| 6 Atomabkommen Iran: Hebräer Risiko des Scheiterns | 22 100 Jahre War Resisters International |
| 10 Seminar im August: Ein Friedenssommer in Ilanz | 26 Nationalistische Rhetorik: Aufräumen im Westbalkan |

Essay zum jüngsten Schlagabtausch zwischen Hamas und Israel

Die Hoffnung der Narren

Im Nahen Osten ist trotz des Waffenstillstands kein nachhaltiger Frieden in Sicht. Initiativen, die für das Zusammenleben einstehen, fegen nun die Scherben zusammen.

/ Hagoi Dagan

Dies sind düstere Tage – daran ändert der fragile Waffenstillstand vom 21. Mai 2021 kaum etwas. Als die ersten Bilder von randallendenden Leuten und Äußern über den Bildschirm flimmerten, liess mich das an Zeiten des Diktators Nathan Altman denken: «Die Stadt verdonkelt sich. Kein Mann weiss mehr, was ein Volk ist. Kein Volk weiss mehr, was ein Mann und was eine Frau ist.»

In diesen Tagen verdonkelt sich das ganze Land. Hier und dort tauchen wie

Gedächtnis der von Dunkelheit auf, Mitleid, wie bei einem Pagan oder in dem Thriller «Die purge» («Die Säuberung»). Die Barbaren stehen nicht am Stadtor – sie sind hier, in den Strassen und auf den Plätzen, jüdische Barbaren und arabische Barbaren.

Gerade in Zeiten wie diesen gilt es in einigen Punkten so genau wie möglich zu sein:

1. Das jüdische Volk hat ein Recht auf ein sicheres Leben in Frieden und dem Gefühl, zu Hause zu sein. Dasselbe gilt für das palästinensische Volk.

2. Seit 1948 und vielleicht länger haben die PalästinenserInnen unter anhaltender Ungerechtigkeit gelitten. Dies

Unrecht kann nicht mit so harten Feststellungen wie «Sie haben den Krieg angefangen» gerechtfertigt werden.

3. Seit Jahrzehnten verstricken sich in der israelischen Gesellschaft religiösnationalistische Strömungen und damit Tendenzen hin zum Separatismus, zum Rassismus und dem Gefühl, die ganze Welt sei gegen uns; dem Gefühl, dass die Ausserwählten sind und die, die recht haben. Die Rede ist von jungen Leuten, die ein vereinfachtes Realitätsbild haben.

Sie leben in einer Demokratie oder zumindest in einer Demokratie-schilchen Struktur; haben jedoch eine autoritäre, oft rassistische Mentalität. Sie sind es, die heute durch die Strassen ziehen

Fortsetzung Seite 2



für neutrale Staaten im Gremium lohnt. Der fünfte Teil im Juni war der Dauerblockade des Sicherheitsrates durch die Vetomächte gewidmet. Mitte 2022 wird nun die Schweiz voraussichtlich für eine zweijährige Periode in den Rat gewählt. Wir werden die Arbeit im wichtigsten Friedensgremium kritisch begleiten.

In der März-Ausgabe beleuchteten wir ausserdem in einem umfangreichen Schwerpunkt die friedensbedrohende Wirkung des Klimawandels, der in vielen Regionen die Lebensbedingungen beeinträchtigt, Konfliktrisiken steigert und nachhaltige Friedenssicherung erschwert. Weitere grössere Beiträge befassten sich mit einer Kritik des sicherheitspolitischen Berichts 2021 (September-Ausgabe) sowie mit der Auseinandersetzung um die kontaminierten Bührle-Bilder im Zürcher Kunsthau und die Rolle Emil Georg Bührles, des Gründers der Waffenhandelsdynastie (Dezember-Ausgabe).

Nach wie vor lebt die FRIEDENSZEITUNG von der Mitarbeit von Freiwilligen, die ihren Teil beitragen, sei es mit Beiträgen, dem

gündlichen Lektorat, redaktionellem Mitdenken oder mit Werbemassnahmen für unser Produkt.

Der Schweizerische Friedensrat steht vor grossen Veränderungen. Dazu gehört auch, dass ich mich im Lauf des Jahres 2022 aus der täglichen Arbeit des Friedensrates zurückziehe und das Amt des Geschäftsleiters in andere Hände übergebe. Ich beabsichtige jedoch, weiterhin die vier Ausgaben der FRIEDENSZEITUNG pro Jahr zu betreuen.

Damit soll die Herausgabe der FRIEDENSZEITUNG weiterhin gewährleistet sein. Ausserdem fallen Lohnausgaben für die Redaktion weitgehend weg, da ich längst im AHV-Alter bin. Lust am Redigieren und Freude am Gestalten der Zeitung habe ich weiterhin, hoffentlich mindestens so lange, bis jüngere Interessierte das Szepter eines nach wie vor analogen Mediums zu übernehmen beabsichtigen.

Peter Weishaupt

Publikationen

Ich bestelle

..... Ex. **Probenummern** der **FRIEDENSZEITUNG**. Zwei Ausgaben im 2022, gratis

..... **Abonnement** der **FRIEDENSZEITUNG** für 50 Franken jährlich (vier Ausgaben)

..... Ex. **Haus Gartenhof in Zürich**. Raum für vernetzte Friedensarbeit. Chronos-Verlag Zürich 2019, 192 Seiten, Fr. 38.–

..... Ex. dieses **Jahresberichtes 2021** des SFR. 24 Seiten, Februar 2022, Fr. 10.–

..... Ex. des **SFR-Friedenskalenders 2022** mit 12 Kalenderblättern zu Usbekistan, Fr. 15.–

..... Ex. des **Jahresberichtes 2020** des SFR. 24 Seiten, April 2021, Fr. 10.–

..... Ex. des **SFR-Friedenskalenders 2021** mit 12 Kalenderblättern zu Kenia, Fr. 15.–

..... Ex. des **Jahresberichtes 2019** des SFR. 24 Seiten, Februar 2020, Fr. 10.–

..... Ex. des **SFR-Friedenskalenders 2020** mit 12 Kalenderblättern zu Myanmar, Fr. 15.–

..... Ex. des **Jahresberichtes 2018** des SFR. 24 Seiten, Februar 2019, Fr. 5.–

..... Ex. des **SFR-Friedenskalenders 2019** mit 12 Kalenderblättern zu Libanon, Fr. 5.–

..... Ex. des **Jahresberichtes 2017** des SFR. 24 Seiten, Februar 2018, Fr. 5.–

..... Ex. des **SFR-Friedenskalenders 2018** mit 12 Kalenderblättern zu Armenien, Fr. 5.–

..... Ex. des **Jahresberichtes 2016** des SFR. 24 Seiten, Februar 2017, Fr. 5.–

..... Ex. der Broschüre **Gegen modernes Söldnertum**. Private Sicherheits- und Militärfirmen. 28 Seiten, Dezember 2011, Fr. 5.–

..... Ex. **Argumentenkatalog «Schutz vor Waffengewalt»** zur Volksabstimmung vom 13.2. 2011. Dezember 2010, 52 Seiten, Fr. 5.–

..... Ex. **Reader «Kriegsgebiet Kinderzimmer»**. Eine Intervention zu Gewalt, Gesellschaft und Entwaffnung. Dezember 2009, 256 Seiten, Fr. 10.–

..... Ex. **Broschüre «Das Geschäft mit dem Krieg»**. Private Sicherheits- und Militärfirmen. Dezember 2007, 28 Seiten, Fr. 5.–

..... Ex. **Broschüre «Schöne neue atomare Welt»**. Warum neue Atomkraftwerke kein Rezept gegen den Klimawandel sind. Juni 2007, 24 Seiten, Fr. 5.–

..... Ex. **Broschüre «Wehrpflicht zur Debatte»**: Berufsarmee, Freiwilligenheer, allgemeine Dienstpflicht? Dezember 2004, Fr. 5.–

..... Ex. **Broschüre «Abschied vom Inseldasein»**. Vom Ende der isolationistischen Neutralität zur kollektiven Sicherheit der UNO. 52 Seiten, Dezember 2000, Fr. 5.–

Ich will **Mitglied des SFR** werden:

- ☐ Fr. 50.– jährlich (Mitgliedschaft)
- ☐ Fr. 100.– jährlich (Mitglied & Jahresabo)
- ☐ Kampagne gegen Kleinwaffen (Fr. 20.–)

Vorname, Name

Adresse

PLZ/Ort

Datum/Unterschrift

Einsenden an SCHWEIZERISCHER FRIEDENS RAT, Gartenhofstr. 7, 8004 Zürich
oder **mailen** an info@friedensrat.ch